

Antifaschismus Nr. 2

4.9.1989

Protokoll v. VDS – Antifa – Projekt	Seite	1
Material – und Adressenliste	Seite	2
"Vorsicht Republikaner" – Inhaltsverzeichnis d. Broschüre	Selto	3
Burschenschaften  aus dem Info des Antifa – AK an der Uni Köln	Seite	4
Republikaner	Seite	6
zum Inhalt einer Mogelpackung*  ¬nnerpartel – Männerweit	Selle	6
das Frauenbild der Rechtsextremen  vr Heine'schen Post, ASIA Uni Dusseldori)	Seile	8
Nächstes Treifen des VDS – Projekts  Nächstes Treifen des VDS – Projekts  Nächstes Treifen des VDS – Projekts  Wir und Sie gegen Republikaner  Wir und Sie gegen Republikaner  Splatt der Antifa – Gruppe TFH Berlin)  Wählt die Republikaner  Tissy Bruns in der DVZ 14. Juli 89	Selle	10
Nächstes Treite Missinus Hee.  Nächstes Treite Schismus Hee.	Selte	11
Den Eisberg abschmelzen  Thesen zum Umgang mit Neofaschismus	Seite	12

v. Claudia Roth, Peter Laskowski, Michael Barg,

Verena Krleger

aus Stadtrevue Köln 6/89

Served Protokoll

### Ersschisprotokoll des Frojekts Antifaschismus/Rechtsextremismus 6. Juli 1989

Anwesend waren Leutz aus den ASten Uni Trier, Uni Backum, Uni Münster sowie aus den Antifa-Gruppen der TFH Westberlin und der Una Köln.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Berichte von den einzelnen Hochschulen über Aktivitäten von rechtsextremen Organisationen sowie die Arbeit der Antifa-Referate und Antifa-Gruppen am jeweiligen Ort. desweiteren wurden mögliche Aufgaben des Projekts Antifaschismus/Rechtsextremismus baratem.

In Münster versucht nun auch der Gesamtdeutsche Studentenverband (GDS) in die Matrikel aufgenommen zu werden. In Bochum verteilen die Jungen "Republikaner" an der Hochschuler Flugblätter, verstärkt tauchen Hakenkreuze und ausländerfeindliche Sprüche auf Toiletten auf. In München gründete sich am 18.5. dieses Jahres der "Republikanische" Hochschulverband, in Hamburg im gleichen Monat eine Hochschulorganisation der DVU. Der Kölner Ring freiheitlicher Studenten /(r.f.s.), der bei den SP-Wahlen im vergangenen Wintersemester zum ersten Mal bei seit Jahren keinen Sitz mehr erhielt, wird vermutlich demnächst als "Republikanischer" Hochschulverband kandidieren.

Allgemein wurde nochmal deutlich, daß neofaschistische und rechtsextreme Gruppierungen durch die Wahl/ folge bei Kommunal-, Landtags- und EG-Wahlen ermuntert werden, verstäckt aufzutreten und ein durchaus vorhandenes rechtsextremes Potential an den Hochschulen zu aktivieren und zu organisieren.

Am stärksten in Erscheinung treten die "Republikaner" bzw. der "Republikanische" Hochschulverband, die sich ausdrücklich nicht nur an StudentInnen, sondern am den wissenschaftlichen Nachwuchs und HochschulleherInnen wenden wollen um Einfluß auf Studien- und Wissenschaftsinhalte zu nehmen. In Bochum wollen sie einen akademischen Birkel erunden, auch um die ihrer Auffassung nach vorhandenen "intellektuellen Defizite" der neuen Rechten "zeitgemäß" aufzuarbeiten. Dabei ist eine enge personelle und inhaltliche Verflechtung zwischen den "Republikanern" und dem r.f.s. zu erkennen. Der enemalige Bundesvorsitzende des r.f.s. M. beisight ist mittlerweile Beisitzer im dundesvorstand der "Republikaner". Der r.f.s. ludt Schönhuber zu seinen Veranstaltungen ein, bekannte r.f.s.ler kandidieren auf den Listen der "Republikaner". Hier ist wohl, insbesondere in den Wahlkampfen zu den Kommunal- u. Lanotagswahlen, sowie zu den Bundestagswahlen im Bächsten Jahr, einiges zu werwarten.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Antifa-Referate und Antifa-Gruppen (zumindestens der Anwesenden) besteht in der Aufklärung über Aktivitäten. Positionen und Zusammenränge rechtsextremer uns neofaschistischer Organ sationen in Form von Flugblättern, Broschüren und Varanstaltungen sowie in der Mitarbeit in kommuna)... Bündnissen bzw. Stadtteilarbeit. In Bochum gibt es sine Unterschriftenaktion, die zum Ziel hat, die Eintragung des r.f.s. bzw. der Jungen "Republikaner" in die Matrikel (und damit Verfügung über Räume, Kandidatur bei SP-Wahlen, die Möglichkeit Info-Tische aufzustellen etc.) zu verhindern. Ähnliche überlegungen gibt es auch an anderen Orten, um die Etablierung neuer rechtsextremer Organisationen nicht erst zu zu lassen. Die Antifa-gruppe an der TFH-Westberlin konzentriert sich auf Aufklärungsarbeit über die "Republikaner" im Stadtteil und gemeinsame Aktionen mit dem Stadtbündnis.

Die Hauptaufgabe für das VDS-Projekt sahen wir in der Vornetzune der Antifa-Referate und Antifa-Gruppen. d.h. vor allem im Austausch von Informationen und Materalien, in der Beratung über geeignete Strategien (z.b. Formen der Aufklärung bei SP-Wahlen und ErstsemesterInneneinführungen etc.) und die <u>Planung bundes-</u> weit kooridinierter Aktivitäten.

Das nächste Treffen des Projekts (am 15. September 14 Uhr) soll sich deshalb inhaltlich mit der Gestaltung von ErstsemesterInneneinführungen (Schwerpunkte "Ropublikaner" und Burschenschaften) und mögliche koordinierte Aktivitäten (auch außerhalb der Hochschulen) beschäftigen.

Bitte schickt uns Maternalien, Flugblätter, Artikel dazu, damit wir sie anderen ASten und Antifa-Gruppen zur Verfügung stellen können.

Bis dann

mit lieben Grüben

Ala Mashey

Vorsicht Republikaner

Inhaltsverzeichnis beiliegend

Herausgeber und Bestelladresse: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Westberlin) Czeminskistr. 5, 1 Berlin 62

oder:

AStA der TFH Berlin Luxemburger Str. 10. 1 Berlin

"Republikaner", Ring freiheitlicher Studenten

Antifa-AG an der TFH Berlin Luxemburger Str. 10, 1 Berlin zahlreiche Flugblätter und Info-Materialien

Anitfa-AK im AStA der Uni Köln Universitätsstr. 10, 5 Kölkn 41 Tel.: 0221/472995 Broschüre zum rfs u.a., Archiv, viele Zeitschriften-Abos

AStA Uni Bochum | Universitätsstr., 463 Dochum 1, | Tel.: 0234/7007643 a. 2313

Antifaschistische Zeitung (AntiFaZ)

zu bestellen bei: Altstadtschmiede Kellerstr.10, 4350 Recklinghausen

Antifaschistisches Infoblatt

erscheint alle 2-3 Monate

Schwerpunkt Feb./März: Republikaner

zu bestellen bei: Gneisenaustr. 2a, 1 Berlin 61

Blick nach Rechts

Zeitschrift, erscheint 14-tägig

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH Heuss-Allee- 2-10, Pressehaus 1/217 Postfach 121408, 53 Bonn 1+ Tel.: 0228/215036 Materialien, Broschüren, Zeitschriften sowie Kontaktadressen von ASten (unvollständig)

#### Burschenschaften

ASTA GH Bamberg 8600 Bamberg, Feldkirchenstr. 21,Tel.:0951/863347

AStA Uni Münster Schloßplatz 1, 44 Münster, Tel.: 0251/833056

AStA Uni Trier Postfach 3825, 55 Trier

Faschisten kandidieren für die Neuordnung Gesamteuropas

#### Inhalt:

- Wahlprogramme der DVU, Republikaner, FAP
- staatliche Unterstützung
- Politik der europäischen Rechte im Europarlament
- antifaschistische Aufgaben

Herausgeber und Bestelladresse: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg: Zentrale Arbeitsgruppe gegen raktionäre und faschistische Formierung Zülpicher Str. 7, 5 Köln 1, Tel.: 0221/245643

Gesamtdeutscher Studentenverband, überblick über rechtsextreme Zeitschriften und Organisationen an Kochschulen

unregelmäßig erscheinendes AStA-Antifa-Info

AStA Uni Dortmund

Katalog antifaschistischer Literatur

Bestelladresse und Herausgeber: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (s.o.)

### Rechtsextremismus

Broschüre, Sonderausgabe der Heineschen Post

AStA Uni Düsseldorf Universitätsstr. 1, 4 Düsseldorf 1 Altler 1930: "Nichts gibt mir mehr Glauben an die Richtigkeit unserer Idee, als die Siege des Nationalsozialismus an der Hochschule."

In den letzten Jahren trauen sich Burschenschaften, Corps u.a. Studentenverbindungen zunehmend wieder öffentlich an der Uni aufzutreten. Allenfalls als schlicht anachronistische Erscheinungen belächelt, haben sie hier kaum Widerstand zu befürchten. Ein generell eher von Gleichgültigkeit, Anpassertum, Konkurrenz und Leistungsdenken, Neokonservatismus geprägtes Klima sorgt dafür, daß es auch der/dem Einzelnen schwerfällt, das Maul aufzumachen.

Reden von der Wiedervereinigung Poßdeutschlands, von "Leistungs"liten, von "Überfremdung" sind wieder salonfähig. Die Wenigsten ragen, was hinter den aus dem Verbindungsunwesen stammenden Parolen von Freundschaft, Gemeinschaft, Freiheit, Ehre, Gerechtigkeit etc steht. Frauen müssen sich nicht angesprochen fühlen. Die Tradition in denen die Studentenverbindungen stehen sind heute weitgehend unbekannt, insbesondere ihre Rolle bei der Zerschlagung der Weimarer Republik und der Etablierung des Nationalsozialismus werden zum Teil in der Öffentlichkeit auch bewußt verschwiegen.

Der Eintritt in die Korporation deutet eine Kampfansage an IndiviJualismus und Liberalismus. Dieser Kampf aber führt folgerichtig zu der Erkenntnis, daß dem Einordnen in die Korporation das Einordnen und Einfügen in den größeren Verband, in die Volksgemeinschaft, Hand in Hand zu gehen hat. Und so ist Korporation kein Hindernis, sondern vielmehr eine Führerin zum Nationalsozialismus." Max Bauer in: Die Bewegung, Zeitg d. NSDSTB 5/1930.

"Jetzt hat sie (die DB) die Genugtuung, daß es eine deutsche Regierung gibt, die den Kampf gegen das Judentum auf der ganzen Linie mit Erfolg aufgenommen hat." BBL März 1933 Währenddessen sind ihre Mitgliederzahlen wieder im Steigen begriffen: 1986 waren (lt. einer Broschüre der Uni Aachen) insgesamt über 55.000 Studenten und ca 175.000 "Alte Herren" in mehr als 1500 Verbindungen organisiert.

Um diese Zahlen im richtigen Licht sehen zu können, ist es wichtig, sich die Funktion zu vergegenwärtigen, die die Studentenverbindungen innerhalb des rechten Spektrums erfüllen, nämlich die Heranblidung von Eliten. die sich auszeichnen durch:

Strikte Obrigkeitstreue, Gehorsamkeit, bedingungslosen Autoritätsglauben

Militarismus (so z.B. Verbindungssatzungen, Wichs (=Uniform) etc), Kriegsverherrlichung

Elitäres Bewußtsein, Standesdünkel, der Massenverachtung ebenso beinhaltet wie offen antidemokratische (erst recht antikommunistische), rassistische und patriarchalische Positionen.

Ein paar Beispiele:

- "Masse denkt nicht, Masse empfindet" (Academia 1966)

- "Merkmal aller zur Führungsauslese Berufenen ist ... das Sich-Nicht-Gemein-Machen, um in der modernen Gesellschaft jene Gegenrolle gegen die Masse spielen zu können" (ebenda)

- "ES ist eine unbestreitbare Tatsache daß 50-60% der an deutschen Universitäten immatrikulierten Studenten dort schlechterdings nichts verloren haben" (Burschenschaftl. Blätter BBL 3/81)

Revanchismus: Forderung nach Großdeutschland, oft inklusive Südtirol, Österreich, Teilen der CSSR und Polens; manifestiert sich u.a. in Formulierungen wie "40 Jahre Vertreibungsverbrechen" (DB)

Relativierung der Naziverbrechen:
"Die DB tritt der wiederholt in der Öffentlichkeit aufgestellten These von der Alleinschuld Deutschlands am zweiten Weltkrieg entgegen:" (Antrag Burschentag 1986)

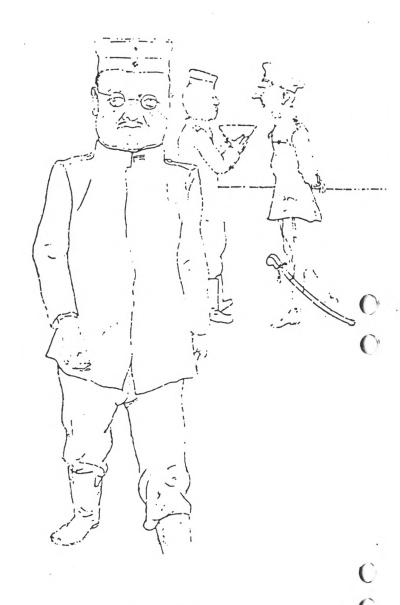
<u>Lebenslange</u> "Loyalität" der <u>Verbindungs"brüder"</u> untereinander. <u>Protektionismus</u>

Zelebrierung/Ritualisierung chauvinistischen Männergehabes übelster Art: Saufgelage, "Männerwitze", z.T. Mensurfechten, etc:

Um einen Eindruck von dem/denen zu vermitteln, was dabei herauskommt: Diese "Erziehung" haben u.a. genossen: F.J.Strauß CV 1937 NSDSTB, Schleyer Corps, Adenauer KV, Jenninger DB, Geißler KV, Lang (Bayr. Justizminiter), Hupka CV ... Ubrigens im Dt. Bundestag sind seit 1987 allein 30 Abgeordnete Alteren des CV!

Aus diesem Flugblatt bereits bekannte Namen, die sich ebenfalls in Listen (hier: DB) wiederfinden sind: Beisicht, Eschbach (rfs Schriftf., Bundesvors. Konservative Aktion), Gesell, Korell, Kunze, Krump, Graubert, Herzog, Schmitt.

Gerade dieser Zusammenhang zwischen den neo-faschistischen RFS und der DB ist Kein Zufall. Im Gegenteil war die Gründung des RFS der gezielte Versuch der DB, hochschulpolitisch erneut Fuß zu fassen. Im September 1977 erklärt der damalige Vorsitzende der DB, Mitglied der Danubia München, Voigt in der Zeitschrift "Der Beobachter" : "Wir sind dazu jbergegeangen uns unter dem Namen 'Ring freiheitlicher Studenten' eine eigene Basis zu schaffen."



### Die wichtigsten Dachverbände

Deutsche DB Burschenschaften

Koesener Senioren KSCV, WSC Convents Verband, Weinheimer Senioren Convent

Coburger Convent CC

Cartell Verband Kath.Dt. CV Studentenverbindungen

Kartellverband Kath. Dt. KV Studentenvereine

schlagend, farbentragend ca 120 Verbindungen 4000 Studenten z.B. Germania, Alemannia schlagend, farbentragend Dachverband der Corps ca 150 Verbindungen in BRD und Österreich Corps Marcomannia, Breslau, Hansea schlagend, frabentragend Dachverband der Turner- + Landsmannschaften ca 90 Verbindungen ca 17.000 Mitglieder z.B. Turners. Arminia, Lands. Macaria nicht schlagend, frabentragend ca 120 Verbindungen, ca 7.000 Studneten ca 33.000 Mitglieder nicht schlagend, nicht farbentragend 110 Verbindungen, in BRD, Österr. + Schweiz 21.000 Mitglieder, 2000 Studenten

# Zum Inhalt einer "Mogelpackung"

Hier geht es - mal wieder - um die "Republikaner". Dies nicht, weil sie die einzige oder stärkste Gefahr von Rechts sind, sondern weil sie ihre rechtsextremen Inhalte am geschicktesten unters Volk bringen. Schönhuber und Konsorten berufen sich auf demokratische Werte, werden von Teilen der Bevölkerung und Politikern als Demokraten anerkannt.

rung und Politikern als Demokraten anerkannt. Es ist allerdings anzuzweifeln, ob sie dies wirklich sind. Diese Zweifel beziehen sich zum einen auf den politischen Werdegang einzelner, keineswegs weniger "Republikaner", zum anderen ist es wichtig das Programm der "Republikaner" einmal genauer zu betrachten, was hier geschehen soll.

### Dort steht z.B.:

- Punkt 13. Medienpolitik (Programm, S. 12)
"Falls die Selbstkontrolle der Medien mit ihrer
in der Öffentlichkeit und Politik inzwischen
gewonnenen unbegrenzten Machtstellung weiterhin
versagt, werden wir für die Schaffung parteiund gruppenunabhängiger Kontrollorgane zum
Schutze des von Einschüchterung und Verschmutzung der geistigen Umwelt bedrohten Freiheitsraumes des Bürgers sorgen."

Im Klartext wird hiermit die Möglichkeit eingeräumt, die im Grundgesetz (Art.5.1) veranker-te Pressefreiheit durch die Einrichtung einer Zensurinstanz einzuschränken.

Neben diesem offenbaren Bruch der Verfassung erinnert die Formulierung "Verschmutzung der geistigen Umwelt" doch sehr an den Sprachgebrauch der ehemaligen "Reichsschrifttumskammer", die in der NS-Zeit die im "Republikaner"-Programm ausgesprochene Funktion erfüllte.

- Punkt 12.Beschäftigungspolitik (S. 11)
Die "Republikaner" wollen "auf die Mobilität
von Arbeitssuchenden und ihre Bereitschaft zum
Wechsel der Beschäftigungsart bestehen, wobei
wir nur in besonderen Härtefällen eine Unzumutbarkeit des Arbeitspostens zulassen und ein
Recht auf Beschäftigung bzw. Unterstützung mit
der Pflicht zur Arbeit verbinden."

Das Grundgesetz kennt ein Recht auf Arbeit. (Art.12.2), eine Arbeitsverpflichtung ist nicht zulässig (Art. 12.3) Die Pflicht zur Arbeit ist älteren Ursprungs, sie wurde von der NSDAP propagiert.

Die Gewerkschaften sollen von den "Republikanern" dazu verpfichtet werden, "ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten (zu) beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils (7M) behandeln..." (S.8)

Hier wird offenbar das Streikrecht bzw. die Tarifpartnerschaft in Frage gestellt. Zudem bleibt die Frage offen, wie wohl das Phänomen des "gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils" bestimmt werden , und durch wen dies geschehen soll.

Auch dies erinnert an die Versuche der Nazis den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hinter einem diffus bleibenden "Gemeininteresse" zu verstecken und damit letztendlich den Arbeitenden jede Möglichkeit der Einflußnahme auf Wirtschaft und Produktionsverhältnisse zu rauben.

Eine weitere Paralelle: Inhalt und Wortwahl der "Republikaner" zur Rolle der Gewerkschaften ähneln dem Wortschatz der NSDAP.

"Arbeitsstättenverordnung und andere Wortverbindungen (mit dem Begriff Arbeitsstätte) stammen nachweisbar aus dieser Zeit. (FR 22.5.89, Ergänzung vom Autor).

Allgemeinpolitische Stellungnahmen von gesellschaftlichen Verbänden sollen hier offenbar unterbunden werden, sie sollen sich auf spezifische Interessen beschränken, wie dies schon heute von den ASten gefordert wird.

- Punkt 9. Frau und Familie (S.9)
"Jedes schulentlassene Mädchen leistet ein
praktisches Jahr...In jedem Fall sind Kurse
eingeschlossen, welche Aufgaben als Frau, Mutter und Hausfrau betreffen."

Ähnlich der verpflichtung zur Arbeit wieder eine Verpflichtung die die im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmung einschränkt und zudem die Frau auf ihre "klassischen" Aufgaben festlegen soll.

die "Republikaner" legen die Frauenrolle fest: "Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem "Hausmann" oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau" (S.9).

Es wird zwar eingeräumt, daß Frauen eine Berufsausbildung absolvieren "...welche die Frau vor und nach ihrer Tätigkeit in der Familie Selbstständigkeit geben kann", aber gleich folgt wieder eine Rollenfestlegung auf das "sich gegenseitig ergänzende Wesen von Frau und Mann" (S.9).

Die Frau darf also nur Selbstständigkeit im Rahmen der zugeordneten Rolle entfalten.

Zur Sprache des "Republikaner"-Programms

Im gesamten Programm sind Außerungen zu finden, die die "Republikaner" als deutlich im Kontext der Rechtsextremen Auffassungen und Sprachregelungen befindlich ausweisen.

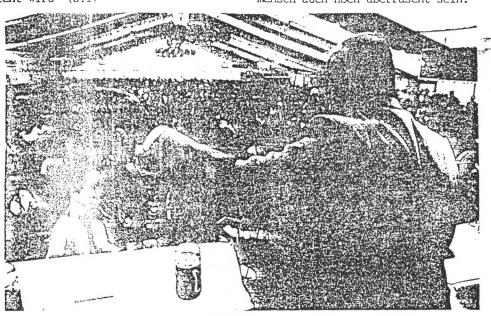
Es folgen Beispiele die keinen Anspruch auf Vollständigkeit beanspruchen.

- zur Darstellung der Geschichte in der ERD wird (auch) der CDU/CSU/FDP-Regierung vorgeworfen: "Sie tut nichts, um mit der Entkriminalisierung deutscher Kultur, Geschichte und ihrer Menschen zu beginnen. Die Kriegspropaganda der Siegermächte ist in unsere Geschichtsbücher eingegangen, und ihre Übertreibungen und Fälschungen müssen von der Jugend weitgehend geglaubt werden, da eine objektive Geschichtsschreibung immer noch nicht in vollem Umfang ermöglicht wird" (S.1)

- Auslander werden von den "Republikanern" als "Gäsze" bezeichnet, die daher kein Recht auf "unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionen, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche" (S.9) haben.

Im "Grundsätzlichen Programm der NSDAP" hieß es dazu: "Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können." (Quelle: FR 22.5.89)

Abgesehen von dieser Übereinstimmung mit einer verbrecherischen Organisation bleibt anzumerken, daß diese "Gäste" einen guten Teil zum Wohlstand ihrer "Gastgeber" erbringen und daher sehr wohl auch Ansprüche geltend machen können. Davon, daß der hohe Stellenwert der Familie wohl nur für Deutsche zu gelten scheint kann mensch auch noch überrascht sein.



Hier wird die "Entsorgung" der deutschen Geschichte betrieben. Was heißt "Entkriminalisierung deutscher Kultur, Geschichte und ihrer Menschen"? Die Tatsache, daß das NS-Regime ein Kriminelles (um es schonend auszudrücken) war, soll offenbar geleugnet werden.

Die Aufarbeitung dieser Geschichte, so unvollständig und zögernd sie in der BRD erfolgte, wird mit Begriffen wie "Kriegspropaganda der Siegermächte", "Übertreibungen und Fälschungen" abgetan, wobei offengelassen wird was wohl Übertrieben oder Falsch sein soll. Würden die "Republikaner" hier deutlicher, würde die Rechtsextreme Tendenz ihrer Geschichtsauffassung wohl noch deutlicher.

Ist Auschwitz eine Übertreibung der Siegermächte? Bis zur Proklamation der "Auschwitz-Lüge", die z.B. bei der DVU üblich ist ist es nicht weit.

- Schönhuber formuliert: "Tir sind die deutschen Patrioten, die neue Kraft, die wie Sauberkeit und Ordnung schafft" und "Wie schozen wir das Volk vor den Verbrechern..."

Die NSDAP: "Das Volk ist beschützt durch einen starken, anständigen Staat. Das dankst Du Adolf Hitler am 29.März mit deiner Stimme" (aus: FR 22.5.89)

Mit diesem Artikel soll nicht behauptet werden, daß die "Republikaner" eine neue NSDAP oder eine Nachfolgeorganisation dieser ist. Es soll aber deutlich gemacht werden, daß sie, mit ihrem Pseudodemokratischen Gehabe, hinter dem etliche Verbindungen zum alten Faschismus sowie eindeutige Verfassungsbrüche stecken, Bauernfängerei betreiben.

Fine Aktion die erschreckend erfolgreich ist, und die es klarzustellen gilt.

Hans-Jürgen Lommel

### MANNERPARTEI - MANNERWELT

DAS FRAUENBILD DER RECHTSEXTREMEN

### 1. Wahlverhalten

Die Analyse der Berliner Wahlen vom 29. Januar 1989 hat ergeben: Nur halb soviele Frauen wie Männer haben die Republikaner gewählt. 10,8 % der männlichen Wahlberechtigten haben "Republikaner" gewählt, jedoch nur 5,9% der Frauen. Insgesamt haben die "Republikaner" 10,8% der Stimmen bekommen.

Besonders eindeutig war der Unterschied bei den Jung-und ErstwählerInnen: In der Altersgruppe der 23jährigen gaben insgesamt 14,3% ihre Stimme den "Republikanern", 18,8% der Männer und 9,1% der Frauen. WahlforscherInnen haben nach Erklärungen dafür gesucht. "Möglicherweise war es der Männlichkeitskult der neuen Rechten, der die jungen Frauen vor den Kopf gestoßen hat, das Wiederaufleben eines lange verdrängten Macho-Chauvinismus. Zu vermuten ist auch, daß das Wahlverhalten der männlichen Jugendlichen durch die Stimmungsmache in "Männer-Cliquen" beeinflußt wurde." (Allg. jüd. Wochenzeitung, 31.3.1989).

Nicht nur bei den JungwählerInnen, auch in den anderen Altersgruppen ist dieser Unterschied zwischen Stimmenanteilen der Frauen und der Männer viel größer als bei jeder anderen Partei. In Berlin haben bei den 45-59jährigen 11,1% der Männer und 7,4% der Frauen die "Republikaner" gewählt; bei den über 60jähriegn liegt der Unterschied bei 7,8% zu 3,2%.

Ohne das relativ vernünftige Wahlverhalten der Frauen wäre der Schaden noch viel größer geworden.

Eindeutig handelt es sich also bei den "Republikanern" um eine Männerpartei, das zeigen die WählerInnenstimmen und das zeigt auch ein Blick auf die Mitglieder und Kandidaten, von Kandidatinnen kann mensch kaum sprechen.

2. Die Rolle der Frau im Programm der "Republikaner"

Als einen Schwerpunkt bezeichnen die "Republikaner" in ihrem Programm das Kapitel "Frau und Familie". Geprägt ist dieses Kapitel von völlig veralteten Auffassungen über Rolle und Wesen der Frauen. So heißt es: "Es ist .. besonders der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem "Hausmann" oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau."

Die Frau (nie wird von den Frauen gesprochen, sondern immer im Singular) soll also dafür da sein, in harmonischer Atmosphäre Kinder für das Vaterland groß zu ziehen, soll zu Hause bleiben und in der Mutterrolle aufgehen. Daß auch Männer Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder übernehmen sollten, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wird gefordert

In diesem Sinne behaupten die "Republikaner" auch, daß eine Frau, die versucht, sich in Ehe und Familie gleichzeitig zu bewähren, ebenso wie die Frau, die allein im Beruf aufgeht, aufgrund von "Mehrfachbelastung und Selbstüberforderung...psychische Schäden" erleidet. Von Emanzipation, von Selbstbestätigung und Erfüllung durch berufliches Engagement oder von der platten Notwendigkeit vieler Familien, daß die Frau zum Gelderwerb arbeiten gehen muß, scheinen die "Republikaner" noch nie etwas gehört zu haben. Daß die gesellschaftliche Realität völlig anders aussieht, ist offensichtlich. Es gibt immer mehr Einelternfamilien. Harmonische Familien sind eher Ausnahme. Auch Hausmänner können zufrieden leben. Berufstätigkeit

Mann und Frau ist schon fast eine Selbstverständlichkeit oder wirt-schaftliche Notwendigkeit.

Zwar sind die "Republikaner" der Meinung, daß die Frau außerhalb der Jahre, in denen sie für die Kinder sorgen soll, einer Berufstätigkeit nachgehen könne, doch soll sie "ihre naturgegebene Fähigkeit als Mutter und Mittelpunkt der Familie voll zur Wirkung bringen". Deshalb soll dieses Rollenbild auch schon in der Schule vermittelt werden.

Der für die "Republikaner" ideale Lebenslauf einer Frau sieht so aus, daß sie nach der Schule ein "praktisches, Jahr" ableistet, in dem sie neben Aufgaben im Bereich von Sozialem, Gesundheit, Hauswirtschaft und Landwirtschaft/Forsten ihre Aufgabe als "Frau, Mutter und Hausfrau" lernen kann. Wen erinnert das nicht an die Diskussion um das soziale Pflichtjahr für Mädchen, das von der Bundesregierung vor einiger Zeit vorgeschlagen wurde oder an den "Reichsarbeitsdienst"?. In der Idealbiographie kann frau danach einen Beruf erlernen, den sie aber natürlich für den "Einsatz für Familie und Kinder" unterbricht und danach -wenn es denn sein muß - weiterführen kann.

Ehe und Familie stehen im Mittelpunkt des Lebens einer Frau. Selbstbestimmtes Leben und Emanzipation, eigenständige und eigenwillige Suche nach dem gewünschten Beruf oder Diskussion der Rolle der Frau in der Gesellschaft, Errungenschaften der Frauenbewegung, passen nicht ins Weltbild der Rechtsextremen.

Die "Republikaner" gehen von dem Verständnis aus, daß Mann und Frau unterschiedliche Wesensmerkmale, Fähigkeiten und daher auch Bestimmungen und Aufgaben in der Gesellschaft haben. "Ehe und Familie (lassen sich) als kreative und unersetzbare Lebens-und Erziehungsgemeinschaft erhalten, das sich ergänzende Wesen von Frau und Mann zum Nutzen und zur Reifung beider erfüllen und das Partnerschaftsverständnis fördern", wenn frau getreu ihren hier zugeschrieben Aufgaben lebt.

### 3. Der § 218

Da die "Republikaner" die "Stabilisierung der Familie mit der Mutter als Mittelpunkt" anstreben und die "Achtung des menschlichen Lebens auch vor der Geburt" zu einem ihrer Grundsätze erklärt haben, wollen sie Schwangerschaftsabbruch nur in zwei Fällen erlauben: Wenn Leben und Gesundheit der Mutter gefährdet sind oder eine Vergewaltigung "erwiesen" ist" (wie sie "erwiesen" definieren ist nicht klar!). Damit liegen die "Republikaner" voll auf einer Linie mit den konservativen Parteien, die Mutterschaft und Kinderkriegen für ein hohes Ideal halten und blind behaupten, soziale weiterhin Notlagen gäbe es nicht, schon gar kein Recht der Frau, über ihr Leben zu e schieden.

### 4. Fürs Vaterland

Das meiner Meinung nach besonders Gefährliche an dieser Auffasssung von Aufgabe und Wesen der Frauen wird dann deutlich, wenn mensch es in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und politischen Zielen der "Republikaner" stellt. Mithilfe von Erziehung und Bildung wollen sie zu einer "nationalen Selbstbesinnung und geistig-moralischen Erneuerung" kommen. Wie die Gesellschaft, die die Rechtsextrem wollen, aussieht, wird jede/r inzwischen mitbekommen haben. Die Av gabe der Frauen ist die, fürs deutsche Vaterland Kinder zu gebären. Da scheint die Angst der Rechtsextremen vor der Emanzipation durch.

Das Vaterland, das die "Republikaner" sich wünschen, ist ein undemokratisches, ausländerInnenfeindliches, rassistisches und frauenfeindliches.

Kerstin Griese

## WAS HABEN WIR UND SIE GEGEN DIE REPUBLIKANER

Eine ganze Menge:

1. Die "Republikaner" schimpfen sich die sauberste Partei...

Im Wahlprogramm der "Republikaner" ist zu lesen, daß sich die Partei für eine bessere Politik und gegen Korruption einsetzen will. Motto: "für Gemeinwohl statt Eigennutz ", Wie muß dieses "Gemeinwohl" der "Republikaner" aussehen, wenn ihr Landesvorsitzender, Bernhard Andres, wegen fortgesetzer <u>Urkundenfälschung</u> zu 2000 Mark verurteilt wurde, ein Disziplinarverfahren wegen "Mißbrauch des Beamtenstatus" gegen ihn ruht? Ein Unterschlagungsversuch war dem Verbrecher nicht gelungen; er versuchte den Erhalt von 100.000 DM, den er schriftlich quittiert hatte, zu leugnen. Weiterhin wurde gegen Andres ein Bezirks-Körperverletzung vom Tiergartener verordneten der "Republikaner" gestellt.

Wie sieht es mit Moral, Charakter und Ehrlichkeit dieser Partei aus, wenn die Staatsanwaltschaft Charlottenburg die Aufhebung der Immunität von <u>sieben</u> Abgeordneten der "Republikaner" beantragt, damit gegen sie (Bernhard Andres, Peter Rieger, Frank Degen, Peter Bartsch, Richard Miosga, Artur Göller, Michael Häusler) Strafantrag wegen <u>Verleumdung</u> gestellt werden kann?

2. Arbeitslosigkeit und schlechte Arbeitsbedingungen sind aktuelle Probleme der Bevölkerung. Akademiker werden oft bevozugt behandelt, sei es am Arbeitsplatz oder beim Arbeitsamt. Doch setzen sich die "Republikaner" wirklich für die Arbeiter ein?

In ihrem Wahlprogramm heißt es:

"Die für viele Unternehmer existenzbedrohende ständige Erhöhung der Lohnnebenkosten muß ... beseitigt werden."

\*Erstens ist es bezeichnend, daß sich diese Partei nicht um die existenziellen Sorgen der Menschen kümmert, von denen sie gewählt werden will, sondern um die "Sorgen" derjenigen, die sich so und so an den Arbeitern bereichern.

\*Zweitens heißt die Beibehaltung oder Senkung der Lohnnebenkosten, bei steigenden Lebenskosten, eine Kürzung der Lohnzahlung. Dieses gilt für Feiertage, Urlaub und Beiträge für Renten-, Kranken- und Unfallvercher ng. Und LOHNSENKUNG bedeutet Kaufkraftverlust, Kris ver ärfung und erhähte ARBEITSLOSIGKEIT.

\*Nach Ansicht der "Republikaner" sollen Arbeiterinnen und Arbeiter über keinerlei Sicherheit auf Erhaltung ihres Arbeitsplatzes mehr verfügen,

"... weil die Unternehmen befürchten müssen, sich bei Verschlechterung der Auftragslage nicht mehr <u>von</u> <u>Arbeitskräften trennen</u> zu können, die nicht mehr benötigt werden."

\*Die "Republikaner" wollen die Tarifvereinbarungen abschaffen, "... um Stellen <u>unter Tarif</u> ausschreiben zu können." Dadurch wäre es den Arbeitgebern möglich, Arbeiterinnen und Arbeiter für Hungerlöhne zu beschäftigen.

\*Ebenso setzen sie sich für Sonntagsarbeit, die Abschaffung der 40-Stunden-Woche und die Anhebung des Rentenalters ein. Und das in einem der reichsten Länder der Erde!

->Es wird deutlich, daß die "Republikaner" eine Politik betreiben, die unsere <u>Lebensbedingungen verschlechtern</u> und Randgruppen – vor allem Ausländerinnen und Ausländer – die Schuld für politische Fehlentscheidungen geben.

3. Gleichstellung der Hausfrau und Mutter mit der berufstätigen Frau ?

Die Ausübung eines Berufes soll für die Frau, nach Auffassung der Republikaner, dann enden, wenn sie sich für ein Kind entschieden hat.

Kinder und Haushalt sollen <u>einzig und allein</u> Frauensache sein.

Die Republikaner begründen dies so:

- Eine Frau fühlt sich unerfüllt, wenn sie im Beruf die alleinige Befriedigung sucht.
- Eine Frau, die sich gleichzeitig in Ehe, Familie und Beruf zu bewähren versucht, leidet an dieser Mehrfachbelastung und Selbstüberforderung. Daraus folgen oftmals psychische Schäden.

Für die Frau bedeuten die Forderungen der "Republikaner". daß sie wieder zurück in die Abhängigkeit vom Mann gezwungen wird, und nicht mehr die Möglichkeit hat ein Leben nach ihren eigenen Vorstellungen aufzubauen.

Quellen: Programm der "Republikaner" '69, Morgenpost vom 27.5.89, Litty Mr.10/89



## Wer wählt die Republikaner?

Bisher gibt es zur Beantwortung dieser Frage mehr politische Interpretationen, Behauptungen und Meinungen als abgesicherte Untersuchungen. Die bisher veröffentlichten Analysen der Wahlen in Westberlin (Abgeordnetenhaus), in Hessen (Kommunalwahl) und der Europawahl sind zu unvollständig. um das Bild des "typischen" Republikaner Wählers zu erfassen: erste Auskünfte über die Wählerstruktur, soziale Herkunft und politische Bindungen sind aber möglich.

Alle Untersuchungen, insbesondere die Analyse von Hofmann-Göttig (siehe Anmerkung) gehen davon aus, daß die Republikaner einen jeweils überproportional großen Stimmenanteil unter den Jung- und Erstwählern mobilisieren konnten. Für Westberlin (18.8 Prozent unter männlichen, 9,1 Prozent unter weiblichen Erstwählern bei einem Durchschnittswert von 7,5 Prozent) und die hessischen Kommunalwahlen ist dieser Befund deutlich, die präzisen Auswertungen für die Europawahl sowie die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und im Saarland werden vermutlich wenig davon abweichen. Die Altersstruktur der Republikaner unterscheidet deren Aufstieg strukturell vom Aufstieg der NPD am Ende der sechziger Jahre. Die NPD-Wahlerfolge basierten allesamt auf überdurchschnittlichen Ergebnissen unter den Alten, während das Abschneiden unter den jungen Wählern unterdurchschnittlich blieb.

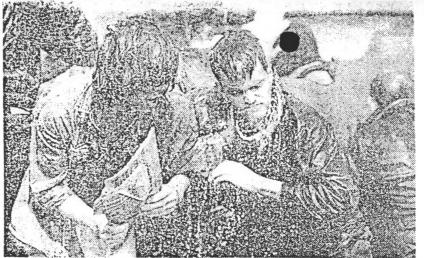
Neben dem auffälligen Jungwähleranteil weist das Altersprofil - abgesehen von einem leichten Anstieg bei den Wählern um die 60 - eine gleichmäßige Verteilung über die Altersgruppen aus. Wichtig für das Bild ist ein kurzer Verweis auf andere Beziehungen zwischen Alter und Wahlverhalten. Der Jungwähleranteil der Republikaner ist keine allgemeine "Rechtsentwicklung" unter den jungen Wählern. SPD und Grüne mobilisieren hier klare Mehrheiten. Die CDU hat ihre größten Defizite unter den Jungen, ihre Wählerschaft überaltert zusehends. Die SPD ist zwar stärkste Partei in der jungen Altersgruppe, hat aber keine überproportionalen Anteile mehr, während die Grünen, deren Hauptgruppe mittlerweile die 25- bis 35jährigen sind, unter Erstwählern immer noch überdurchschnittlich abschneiden.

Der patriarchalische Gestus der Schönhuber-Partei spiegelt sich in der Wählerschaft. Quer durch alle Altersgruppen sind die Republikaner "Männerpartei". Der Anteil männlicher Wähler - ein deutlicher Unterschied zu allen anderen Parteien - macht zwei Drittel der Wähler aus. Das bestätigen auch die bisher vorliegenden Auswertungen der Europawahl in den Großstädten.

### Die Republikaner sind eine Männerpartei

Über die soziale Stellung und politische Herkunft der Republikaner-Wähler gibt es mittlerweile in der öffentlichen Debatte eine Reihe von feststehenden Meinungen. Die vorliegenden Wahlanalysen raten eigentlich eher zu vorsichtigen, vor allem vorläufigen Einordnungen. Typisch auch für andere Wahlen ist die INFAS-Analyse über die Wählerbewegungen bei der Europawahl: Die Republikaner schöpfen ein Drittel (oder mehr) ihrer Stimmen aus dem Bereich der Nichtwähler, die CDU hat bei dieser Wahl im Saldo 750 000 Stimmen, die SPD 150 000 an die Republikaner abgegeben. Einen engen Zusammenhang zwischen CDU/CSU-Wählerschaft und Republikanern zeigt auch das extreme regionale Gefälle bei der Europawahl. Die Hälfte der Stimmen kamen aus Bayern und Baden-Württemberg.

Sind die Unionshochburgen im Süden die Ausnahme, die Ergebnisse im Rest der Republik das normale Bild?



Wasserwerfer und Schlagstöcke setzte die Westberliner Polizei gegen einen Teil der Demonstranten ein, die vor dem Versammlungslokal der Republikaner protestierten. Der Parteitag der extremen Rechten bestätigte den Polizisten Bernhard Andres in seinem Amt. Sein Rivale Carsten Pagel (früher Junge Union) unterlag in einer Kampfabstimmung. Foto: Theo Heimann

Ganz abgesehen von der Dynamik, die sensationelle Wahlerfolge auslösen können - der Blick auf Nordrhein-Westfalen ist keineswegs beruhigend. Immerhin sind die Republikaner unter fünf Prozent, DVU (1,3 Prozent) und Republikaner (4,1 Prozent) addieren sich aber auf über fünf Prozent im Landesdurchschnitt. In 36 von 54 Wahlkreisen kommen beide Parteien zusammen über die fünf Prozent, in zehn die Republikaner allein. Erfolgreich sind sie sowohl in großen Städten, z. T. traditionsreichen SPD-Hochburgen, wie in eher ländlichen Kreisen. Das gilt überhaupt für die Wahlergebnisse der Republikaner: Eine eindeutige Zuordnung städtisch/ländlich ist nicht möglich.

Die Verbindung und Nähe von Union und Republikanern ist eindeutig in bezug auf politische Anschauungen, die Bewegung der Wähler zwischen CDU, SPD und Republkanern vollzieht sich komplizierter. Die Forschungsgruppe Wahlen analysiert z. B. für Westberlin: Die Republikaner holten die höchsten Anteile in den Arbeiterbezirken Wedding (9,9 Prozent) und Neukölln (9,6). Dort war die CDU bei der vorhergegangenen Wahl erstmals Mehrheitspartei geworden, zuvor war

es die SPD. Stärkste Partei 1989: wiederum die SPD.

Natürlich sind die Wählerbewegungen in Bayern anders verlaufen (direkt von der CSU bzw. über den Weg CSU-Nichtwahl-Republikaner), aber die Wegentwicklung von der SPD über CDU oder Nichtwahl zu den Republikanern gibt es eben auch.

### Doch nicht die Modernisierungsobfer

Besonders schwer fallen Aussagen über den sozialen Status der rechtsradikalen Wähler. Gegen die These, es handele sich überwiegend um die Modernisierungsopfer, die sozial Ausge- \* grenzten, spricht allerdings fast alles. Der Erfolg der Republikaner in Bayern und Baden-Württemberg hat eher in Bundesländern stattgefunden, die nicht zu denen mit zugespitzten sozialen und strukturellen Problemen gehören. (Ausgenommen die Landwirtschaft. Leider hat die Wahlforschung über die Verankerung der Republikaner unter den Bauern wenig präzise Erkenntnisse zu bieten. Neben den

sachsen auf einen hohen Anteil hin.) An Westberlin läßt sich nachweisen. daß die Republikaner in der Facharbeiterschaft gewählt werden. Die Forschungsgruppe Wahlen stellt für Westberlin fest: "Ihre besten Ergebnisse erzielten sie (die Republikaner) in Gebieten, die sich sowohl durch einen hohen Arbeiter- als auch einen niedrigen Ausländeranteil charakterisieren lassen. Dieses Datum spricht für die Vermutung, daß es sich bei den Anhängern der Republikaner weniger um Wähler handelt, die in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld mit einem hohen Ausländeranteil konfrontiert sind, sondern vielmehr um solche, die ihren sozialen Status in der Zukunst bedroht fühlen." (Je höher der Ausländeranteil, desto besser sind übrigens die Ergebnisse der Alternativen Liste.)

Die aus sozialer Unzufriedenheit und Angst motivierten Wähler sind gleichzeitig politisch deutlich festgelegt, Mit dem Programm der Republikaner verbindet sie nicht nur der diffuse Fremdenhaß. 66 Prozent lehnen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ab. 63 Prozent beklagen ein "erschrekkendes Absinken der sexuellen Moral". 66 Prozent bejahen den geltenden § 218 oder fordern eine strengere Regelung. Und 67 Prozent wollen "eine Führerpersönlichkeit, die Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert". Meinungsumfragen sind mit Vorsicht zu lesen. Die hier zitierte von EMNID zeigt, daß die Wählerschaft der Republikaner im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung nicht nur in der Ausländerfrage am rechten Rand steht.

#### Anmerkung

Die Ausführungen stützen sich auf - die INFAS-Studien unmittelbar nach den Wahlen, die hauptsächlich über Wählerbewegungen und -ströme Auskunft ge-

- die Untersuchung von Joachim Hofmann-Göttig unter Mitarbeit von Helga Göttig nach der hessischen Kommunalwahl "Selbst die NPD ist jugendattraktiv". Mai 1989,

die Analyse für die Jugendpolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand. ebenfalls von Hofmann-Göttig "Die Mehrheit steht links. Die jungen Wähler in der Bundesrepublik (1953 bis 1989)", Juli 1989, die Analysen der Forschungsgruppe Wahlen zur "Wahl in Berlin" und zur "Wahl in Bremen".

Berücksichtigt sind die EMNID-Umfragen über politisches Bewußtsein und Zusammensetzung rechtsradikaler Wähler, die Ende Mai im Spiegel veröffentlicht

## Strategiedebatte

### <u>Thesen zum umgang</u>

### <u>MIT NEOFASCHISMUS</u>

# DEVELOPE ADSCHWELZEN

1

Nachdem der Einzug der DVU - Liste D in die Bremer Bürgerschaft noch als vorübergehendes Einzelphänomen gewertet wurde, hat der Wahlerfolg der Republikaner in Berlin und Hessen erhebliche Beunruhigung ausgelöst. Dieser Schrecken ist zwar verständlich und naheliegend, birgt aber in sich die Gefahr, das Problem des Rechtsradikalismus einseitig als Problem seiner parlamentarischen Repräsentanz zu betrachten. Zwar liegt in der Tatsache, daß die Republikaner und andere rechtsradikale Parteien nun zunehmend und vorläufig unvermeidlich in immer mehr Parlamenten vertreten sein werden, durchaus eine neue Qualität in der Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Diese neue Qualität bestimmt sich vor allem daraus, daß damit neofaschistische Ideologie die Chance hat, gesellschaftliche Akzeptanz als Teil des existierenden Meinungsspektrums zu erlangen. An zahlreichen Einzelerscheinungen ist dies bereits zu erkennen: WählerInnen und SympathisantInnen der Republikaner stehen offen zu ihrer Überzeugung bzw. Affinität, auf Plätzen, in Zügen, Warteräumen und auf Schulhöfen findet in Gesprächen offensive "Agitation" für Positionen der Rechtsextremen durch ganz normale BürgerInnen statt, die Medien haben sich nach einer Schamfrist entschlossen, Schönhuber und anderen Rechten in Talkshows und Diskussionssendungen Raum zur Selbstdarstellung zu überlassen. All dies wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen.

Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik hat sich also vom verdeckten zum offenen Phänomen gewandelt. Erschrek-

### FASCHISMUS IST MEHR LS AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

kend und skandalös ist dabei nicht so sehr die neue Tatsache, daß seine Existenz nun auch in Parlamenten, Medien, öffentlichem Diskurs tendenziell zur Normalität wird. Das eigentliche Problem, der eigentliche Skandal besteht (nach wie vor) darin, daß es in der Bevölkerung unverändert ein relevantes Spektrum gibt, das ideologische Grundmuster des Faschismus akzeptiert und unter gegebenen Vor-

aussetzungen auch wählt. Auch aus diesem Grund verbietet es sich, die parlamentarische Repräsentanz der Rechten lamentierend zum Hauptproblem zu erklären und die Spitze des Eisbergs mit dem Pickel bekämpfen zu wollen. Stattdessen müssen wir uns erstmal der Mühe unterziehen, Umfang und Ausmaß des Eisbergs genauer zu erheben und Strategien zu entwickeln, wie er insgesamt abgeschmolzen werden kann.

### 11.

Antifaschistische Arbeit in der Bundesrepublik war aus naheliegenden Gründen stets geprägt von der Erfahrung bzw. dem Bezug auf den deutschen Nationalsozialismus. Dies verengt den Blick auf die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten des Faschismus, zumal der Nazismus nur eine spezifische (und besonders furchtbare) Variante des historischen Faschismus war. Bei der Einschätzung des gegenwärtigen organisierten Rechtsradikalismus und bei historischen Vergleichen halten wir es daher für angebracht, sich von der Fixierung auf den Nazismus zu lösen. Als faschistisch oder als gefährlich zu beurteilen sind rechtsradikale Organisationen nicht erst dann, wenn sie offene Apologie des Naziregimes betreiben. Angesichts der in den letzten 15 Jahren vollzogenen ideologischen Erneuerung des Neofaschismus in Westeuropa muß von der Möglichkeit ausgegangen werden, daß sich in der Bundesrepublik eine ganz "normale" faschistische Bewegung ähnlich wie in Italien und Frankreich in den 20er Jahren und auch heute konstituiert. Welche Folgen eine solche Entwicklung und die damit verbundene "Normalität" einer faschistischen Strömung in der Gesellschaft hätte, muß erst noch durchdacht werden. Klar ist allerdings schon jetzt, daß Antifaschismus sich dann nicht darin erschöpfen kann, vor der Wiederkehr des Vergangenen zu warnen, sondern eine offensive Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundmustern des neuen Faschismus suchen und attraktive Gegenentwürfe bieten muß.

### III.

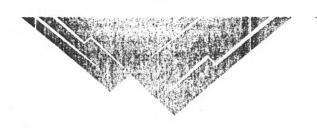
Es wäre zu einfach, die Verbreitung faschistischer Ideologie auf Krisenauswirkungen wie mangelnden Wohnraum und fehlende Arbeitsplätze zurückzuführen und im Umkehrschluß zu glauben, mit einer veränderten Arbeitsmarkt-, Wohnungs- und Sozialpolitik, also mit rein sozialtechnischen Lösungen sei das Problem zu erledigen.

Bekanntlich ist das Verelendungsprinzip weder nach der linken noch nach der rechten Seite hin verläßlich; und umgekehrt weiß man/frau, daß auch Saturiertheit nicht vor Torheit schützt. Die Reduzierung der Ursachen des neuen Wahlverhaltens auf materielle Motive bietet keine Erklärung dafür, weshalb der angebliche "Protest" gegen die miesen Lebensbedingungen sich nach rechts und nicht nach links orientiert.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß Menschen, die eine Partei wählen, die mit massiver Ausländerhetze Wahlkampf macht, nicht auch genau das wollen, was ihnen von dieser Partei angeboten worden ist. Die Bezeichnung der Republikaner-WählerInnen als ProtestwählerInnen, die von Demagogen verführt worden seien, ist eine Verharmlosung, weil sie die Unterstellung bzw. Hoffnung beinhaltet, sie würden in Wirklichkeit garnicht wollen, wofür sie soeben gestimmt hatten. Wenn die Republikaner-WählerInnen ProtestwählerInnen sind, dann in dem Sinne, daß sie gegen eine zu lasche Ausländer- und Ostpolitik, gegen die Modernisierung des CDU-Frauenbildes, gegen den faktischen Verzicht auf Wiedervereinigungsrhetorik protestieren.

### IV.

Faschistoides Denken (und Wählen) ist nicht nur eine Erscheinung bei sozial Deklassierten, sondern quer durch alle sozialen Schichten nachweisbar. Faschismus ist kein Exotikum in einer an sich demokratischen Gesellschaft, sondern basiert auf Tugenden und ideologischen Prämissen, die auch in "normalen" Zeiten in der "normalen" WählerInnenschaft verankert sind und von den bürgerlichen Parteien unter bestimmten Voraussetzungen mobilisiert und erheblich verstärkt werden. So gesehen war Zimmermann gefährlicher als Schönhuber, weil sein Rassismus im demokratischen Gewand vermutlich weitaus mehr faschistoides Bewußtsein erzeugt hat als der offen faschistisch auftretende. Und Bahrs "Erfolg", als Wahlkampfaktion das "Berliner Loch" für Flüchtlinge dicht zu machen, zielte nicht zufällig darauf, die vorhandenen Ressentiments für die SPD zu mobilisieren, anstatt sie zu bekämpfen. Gerade weil faschistoides Bewußtsein mehr oder minder ausgeprägt, in



Ansätzen oder als geschlossenes Weltbild, quer zu den Parteien existiert (auch wenn die Grünen dabei in der Relation verhältnismäßig gut wegkommen), führt es nicht weiter, auf parlamentarischer Ebene eine Konfrontation eines vermeintlich rein antifaschistischen Blockes gegen einen konservativ bis rechtsradikalen Block anzustreben.

V.

Für die Rechtsentwicklung im Bewußtsein insbesondere von Jugendlichen verantwortlich sind weit mehr als die materiellen die sozialen Auswirkungen des Modernisierungsprozesses. Der bereits stattfindende und erst recht der absehbare radikale Umbau der ökonomischen und technologischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaften wird von den Individuen als weder versteh- noch beeinflußbarer Vorgang wahrgenommen, der für heutige Generationen die seit Kriegsende und "Wirtschaftswunder" erstmalige Situation erzeugt, die individuelle and kollektive Zukunft als ungewiß und bedrohlich zu erleben. Traditionelle soziale Strukturen und organisatorische Zusammenhänge wie z.B. bürgerliche Kleinfamilie, Berufsgruppen, soziale Milieus und politische und gewerkschaftliche Hollektive befinden sich im Auflösungsprozeß bzw. verlieren an politischer Bedeutung und an identitätsstiftender Anziehungskraft, ohne daß ähnlich stabile Zusammenhänge als Ersatz in Sicht wären. An ihre Stelle treten kurzlebige und auf Wechselhaftigkeit basierende Bezugspunkte wie "Kulturen" und "Lebensstile", die aber nicht geeignet sind, dauerhafte und in materieller wie sozialer Hinsicht zukunftssichernde Strukturen zu bieten. Mit dieser Veränderung der sozialen Systeme einher geht die vielgenannte Isolierung der Individuen. Es ist naheliegend, daß diese Entwicklung für Kinder und Jugendliche in ganz besonderem Ausmaß prägend und bedrohlich sein muß. Die Auswirkungen dieser sozialen Verelendung werden also - anders als die der materiellen Verelendung, die möglicherweise im nächsten Jahrzehnt wieder abnehmen wird - die gesamte Zukunft der jetzigen Jugendgeneration bestimmen und damit auf unabsehbare Zeit unabschätzbare Folgen haben. Betroffen von diesen Problemen sind keineswegs nur die sozial Deprivierten, wenngleich sie ihnen besonders schutzlos ausgeliefert sind, sondern die beschriebenen Isolationstendenzen und Identifikationskrisen existieren bis weit in die Klientel der Grünen hinein. Hier liegen die eigentlichen Probleme und gravierenden Defizite eines praktizierten (und nicht nur proklamierten) Antifaschismus. Faschistische Ideologie bietet angesichts eines nicht durchschaubaren

und beeinstußbaren gesellschattlichen Veränderungsprozesses scheinbar vernünftige Erldärungen und - was wichtiger ist - scheinbar einlach regnisierbare Lösungen an. Faschistische Ideologie bietet jedem Individuum einen sicheren Platz in einem stabilen sozialen Geräge, das ist die Attraktivität des Angebotes "Volksgemeinschaft", das in den Programmien aller neofaschistischer Parteien einschließlich der Republikaner enthalten ist. Und sie garantiert, daß dieser Platz, eingefügt in ein streng hierarchisches System, niemals der allerunterste sein wird, also immer noch irgendjemand anderes am untersten Ende der Skala steht. Diese ideologischen Angebote wären aber wenig wirksam, wenn sie nicht auch praktisch erlebbar wären. Und genau darin besteht die Funktion vor allem derjonigen Gruppen und Organisationen, die sich nicht zur Wahl stellen, sondern auf der Straße agieren und zu 90 % aus Jegen Mehen bestehen.

Neonazistische Aktionieruppen, rechte Skinheaus etc. ein ein matu den sozialen Bezugsrahmen, das 10 maikationsangebot, das Jugendiche bezugsrahmen. Es vermittelt sich über Kamendischaft, Gewalt, Halbiegalität, zuft aber übersetzt handelt es sich bei diesen Angeboten um Solidarität, Aktionen, Subversivität. Ein Teil der Jugendlichen, die sich heute für Rechtsradikale Gruppierungen begeistern, wären vor zehn Jahren in Jugendzentrumsinitiativen al tis geworden. Die Organisierung eines "Wir gefühls wird im Augenblick vonständig den Rechten überlassen.

Die Alternativszehe der 70er Jahre besaß, obwohl sie hamptsachte indidungsbürgerlich geprägt wir und kinder zenknupfungspunkte zur Kultur der Unterschicht existierten, eine kulturelle Ausstrahlung, die in der damaligen Jugendgeneration absolut hegemonial war. Seindert die Zeit der Bots, Birkens seit und hille Lutzhosen unwiderrutlen vorem mit ein sich eine vergleichbar starke inendanssüftende Kulturnicht mehr entwickeit. Am ehesten hat heute noch die autonome Szene Anziehungskraft für Jugendiche.

Die Grünen sind von diesem Prozeß nicht nur in Mitleidenschaft gezogen worden, sondern sie haben ihn durch ihre Verparlamentarisierung und Verbürgerlichung massiv befördert. An die Stelle des "Alles verändert sich, wenn Du es veränderst" setzten sie das Stellvertreterprinzip, und mit der zunehmenden Nivellierung der Unterschiede zu den etablierten Parteien wird die Identifikation mit dem "ganz anderen" immet mehr verunnföglicht. Nach zehn Jahren nun steht also die grüne Partei an einem Punkt, wo sie im Grunde von vorne anfangen muß.

VI.

Faschismus ist mehr als Ausländerteindlichkeit. Die Auseinandersetzung mit neofaschistischen Tendenzen muß deshalb die anderen Ideologieelemente wie Führerprinzip, Volksgemeinschaft, Antikommunismus, Nationalismus und Ungleichheitsideologie gleichgewichtig mit einbeziehen. Auch wenn der Rassismus in Propaganda von Republikanern, DVU etc. besonders im Vordergrund steht, ist er untrennbar mit den anderen Aspekten verbunden: Die Ausgrenzung anders-seiender Menschen funktioniert

# DIE BEZEICHNUNG DER REPUBLIKANER-WÄHLE (\*)N-NEN ALS PROTESTWÄHLER/INNEN IST EINE VERHARMI (\*) SUN

ASSESSMENT OF THE PROPERTY OF

nur aus einer fiktiven Gemeinschaft von gleich-Seienden heraus, der Volksgemeinschaft, und sie ist nur in autoritären Verhältnissen realisierbar. Deshalb werden autoritäre, minderheitenfeindliche, nationalistische Motive durch die rechtsradikalen Parteien ebenso mobilisiert wie der Ausländerhaß. Dies geschieht, anders als bei letzterem, weniger dadurch, daß sie zum Tnema oder zum Inhalt von Wahlkampfparolen gemacht werden, sondern sie werden permanent mittransportiert und sind deshalb genauso gefährlich. Wer Rechtsradikalismus auf Ausländerfeindlichkeit reduziert, doktert nur an Teilbes reichen herum und läuft Gefahr, völlig überraschend auf anderen Politikfeldern von rechts eingeholt zu werden.

### VII.

Motive, aus denen die Republikaner und die anderen rechtsextremen Parteien gewählt werden, sind auch Frauenhaß und Antifeminismus - und zwar in genauso elementarer Weise wie der Ausländerhaß. Zwar steht das rechtsradikale Frauenbild längst nicht so sehr im Vordergrund der Agitation, aber auf nonverbaler Ebene wird umso deutlicher vermittelt, was Frauen (und Männer) von diesen Parteien zu erwarten haben. Das ist nicht verwunderlich, schließlich wird Sexismus häufig nicht offen proklamatorisch, sondern unterschwellig praktiziert. Gemeinsam haben DVU. NPD und Republikaner, daß sie offensiv als Männercliquen auftreten und das in einer Zeit, wo es sich keine bürgerliche Partei mehr leisten kann, nur eine Alibifrau in Führungsgremien vorzuweisen. Ihre Programmatik zielt auf die Restaurierung des ultra-konservativen Frauenbildes und auf die Indienstnahme von

Frauen für bevölkerungspolitische Zielsetzungen (deutsche Babies müssen her). Die Neofaschisten bieten damit nicht nur ihrer WählerInnenschaft eben iene Programmatik, die von der CDU aus Modernisierungsgründen abgelegt worden ist. mehr noch: Sie schaffen Kompensation für das beschädigte Selbstwertgefühl des kleinen Mannes, der die immer offensiver vorgetragenen und gesellschaftlich immer breiter akzeptierten Ansprüche von Frauen nicht ertragen kann. Nicht zufällig wurden die Republikaner in Berlin weit überwiegend von Männern gewählt. Der Mechanismus ist dabei kaum anders als bei den AusländerInnen: Wer nichts anderes mehr besitzt, was Identität und Selbstwertgefühl schaffen kann, braucht wenigstens das Bewußtsein, daß Frauen unterlegen und - unter dem neuen Vorwand "anders" - minderwertig sind.

### VIII.

Die WählerInnenszene von Republikanern, DVU und NPD ist für Linke und Grüne derzeit nicht erreichbar. Es ist auffallend, daß in den lokalen Zentren und WählerInnenhochburgen der Rechtsradikalen der direkte Kontakt von linken, ökologischen, antifaschistischen Zusammenhängen zu den jeweiligen Stadtteilen und Gegenden fehlt. Das hängt unter anderem mit der sozialen Zugehörigkeit des grünen Umfelds zusammen. Grüne Gesamtschullehrer leben nun einmal nicht in den Trabantenstädten, wo Proletariat und Subproletariat leben müssen. Grüne ParteiaktivistInnen sind in der Regel nicht am Samstag nachmittag in den Fußballstadien anzutreffen, wo zahlreiche Jugendliche entweder direkt für rechtsradikale Gruppierungen rekrutiert oder zumindest ideologisch eingebunden werden.

Die besten Analysen und genauesten Beschreibungen des "Who is who" der Neonaziszene ersetzen nicht den konkreten Umgang mit Menschen, die z.B. eine ausländerfeindliche Grundhaltung haben.

WIR LEHNEN DIE FORDERUNG NACH AUFLÖSUNG **NEOFASCHISTISCHER** ORGANISATIONEN ALS TAGESPOLITISCHE FORDERUNG AB.

> Deshalb wird antifaschistische Arbeit vor allem bedeuten, daß wir in diese unwirtlichen Vorstädte gehen müssen, daß wir den Kontakt mit den uns politisch und sozial am weitesten entfernten Menschen su

chen müssen - und daß grüne Kommunalpolitik sich nicht darin erschöpfen darf, die ohnehin schon privilegierten Wohngebiete verkehrszuberuhigen und damit die Kluft in der Lebensqualität praktisch noch zu vergrößern.

### IX.

In Grünen, SPD und überhaupt einem Großteil des antifaschistischen Spektrums ist die Vorstellung weit verbreitet, es gebe eine Art Stufenleiter der Bedrohlichkeit rechtsradikaler Organisationen. Diese Stufenleiter sieht so aus, daß die Republikaner als zwar extrem rechts und ausländerfeindlich abgelehnt, aber als demokratische Partei akzeptiert werden, daß die DVU als schon etwas schlimmer und die NPD als zweifelsfrei faschistisch eingeschätzt wird, nicht mehr akzeptabel schließlich sind dann FAP und Kühnens mit wechselnden Namen versehene Gruppierung. Bei letzteren treten selbst strikte GegnerInnen eines Verbots neofaschistischer Organisationen für Verbote ein. Kriterium dieser Unterscheidung ist zum einen die - verbale - Bezugnahme auf den "demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik", zum anderen das äußere Erscheinungsbild: Schließlich handelt es sich bei den Republikanern um äußerlich ganz gesittete Menschen, denen man/frau nicht das Recht verwehren darf, an Wahlen, Versammlungen etc. teilzunehmen. Rechtsradikale Skinheads, FAP usw. treten dagegen lautstark, zuweilen gewalttätig und offen nazistisch auf. Sowas gehört sich nicht.

Diese Weltsicht orientiert sich an banalen (klein)bürgerlichen Kriterien und ist völlig ungeeignet, wahre Bedrohungspotentiale der organisierten Rechtsradikalen beurteilen zu können. Zum einen verkennt diese Sichtweise das Verhältnis zwischen den zahlreichen rechtsextremen Gruppierungen, das nicht nur von Konkurrenz, sondern auch von Arbeitsteilung geprägt ist. Es existiert eine hohe Mitgliederfluktuation zwischen den verschiedenen Organisationen, Prügeltruppen fungieren als Saalschutz für die "seriös" auftretenden Veranstalter usw. Unserer Einschätzung nach sind die "Neuen Rechten" politisch weitaus gefährlicher als die Neonazis. Ihnen ist es nicht nur gelungen, die faschistische Ideologie zu modernisieren und den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen (Europäisierung, scheinbare Verwissenschaftlichung), sondern sie verfügen darüber hinaus über wissenschaftliche Reputation und haben Zugang zu Teilen des gesellschaftlichen Establishments. Hinter der "Stufenleiter"-Vorstellung vom rechtsradikalen Spektrum verbirgt sich aber auch ein klassenspezifischer Blick, der proleta-

rische Jugendliche, die sich als Skinheads organisieren, anstößiger findet als Nadelstreisenfaschisten, die bestimmte Formen des Umgangs beherrschen. Diese Wahrnehmungsweise geht nicht nur an der Realität vorbei, sondern sie spielt auch noch dem "Antifaschismus" a la Zimmermann in die Hände, der allzu offen auftretende

### DIE NEUEN RECHTEN SIND POLITISCH WEITAUS GEFÄHRLICHER ALS DIE NEONAZIS.

Gruppierungen verbietet, um damit zugleich alle anderen rechtsradikalen Organisationen als offenbar zweifelsfrei demokratisch aufzuwerten.

Die Frage nach einem Verbot rechtsradikaler Organisationen ist weder mit einem einfachen ja noch mit einem einfachen nein zu beantworten. Die Art von Verboten, wie sie Zimmermann als Bundesinnenminister aussprach, ist ohnehin nicht unsere Sache: Sie richteten sich gegen neonazistische Organisationen, weil sie sich nicht zum (Rechts)Staat bekannten. Abgesehen davon, daß es nur eine taktische Frage ist, ob sich Rechtsradiale zur FDGO bekennen oder nicht, kann das nicht unser Kriterium sein. Das simple formalisierte Bekenntnis zu diesem Staat besagt rein garnichts über eine demokratische Grundhaltung, während andersherum die Ablehnung dieses Staates nicht automatisch, aber möglicherweise das politische Ziel einer wirklich humanen Gesellschaft beinhaltet. Wenn überhaupt mit Verboten gearbeitet werden sollte, dann jedenfalls auf der Grundlage des Artikels 139 a im Grundgesetz, der auf entsprechende völkerrechtliche Bestimmungen verweist, wonach faschistische und rassistische Organisationen sofort aufzulösen sind. Dieser antifaschistische Ansatz wurde damals auf Druck der Allijerten in das Grundgesetz aufgenommen. Wenngleich es also keinen Anlaß gibt, die Existenz des 139 a GG als demokratische Errungenschaft der neugegründeten Republik zu feiern, so ist es doch möglich, sich auf das Völkerrecht positiv zu beziehen, wenn es um die radikale Ablehnung von rassistischen, kriegsverherrlichenden und faschistischen Organisationen geht. Wer die Forderung nach Verbot bzw.

Auflösung rechtsextremer Gruppen grundsätzlich ablehnt, weil dies eine undemokratische Handlung sei, geht fahrlässig mit dem Faschismusproblem um, weil damit die möglichen Bedrohungspotentiale

faschistischer Bewegungen negiert werden. Nach allen historischen Erfahrungen sind selbstverständlich auch in der künftigen Geschichte der Bundesrepublik bzw. Westeuropas Situationen denkbar, in denen es nicht mehr ausreicht oder nicht mehr möglich ist, einer erstarkenden faschistischen Bewegung lediglich im rationalen Diskurs und im demokratischen Kampf um Wählerpotentiale zu begegnen. Wer vor dem "unterdinckerischen" Instrument der Blockade, der Verhinderung, des-Verbots zurückschreckt, muß den restriktiven Charakter solcher Maßnahmen ins Verhältms setzen zu den mittelbaren und unmittelbaren Bedrohungen, die von faschistischer Ideologie und Herrschaft ausgehen. Angesiehts der bereits manifesten Angst von AusländerInnen in bestimmten Wohngegenden oder zu bestimmten Zeiten (Hitlergeburtstag) auf die Straße zu gehen, entlarvt sich eine solche Haltung leicht als Luxusvariante. Gleichwohl lehnen wir die Forderung nach Auflösung neofusehistischer Organisationen als tagespohtische Forderung ab. Eine physische Bedrohung von Bevotkerungsgruppen ist bet wettern aleat in dem Ausmaß gegeben, das hat mehr barch ondere Mittel (Sciostorganisation zum Schutz vor Überfällen) ebenso gut oder sogar effektiver begegnet werden kann. Die aus unserer Sicht viel gewichtigere Bedrohung durch die Verbreitung faschistoider Ideologie in den Köpten geht derzeit nicht in ersier Linie von den Parteien der extremen Recitien aus, sondern in größerem Ausmaß von rechten Unionspolitikern. Die Auflösung neofaschistischer Organisationen wäre daher nicht nur wenig effektiv - zumal Michael Kühnen kurzlich nach dem Verbot der N.S. vorexerziert hat, wie leicht dieselbe Organisation unter anderem Namen neugegründet werden kann - sondern sie hätte auch zwangsläufig zur Folge, daß alle nicht vom Auflösungsverdikt betrottenen Organ sationen damit praktisch vom Vorwurf des Reentsextremismus und der faschistischen Hetze reingewaschen würden.

### XI.

In der gegenwärtigen Situation ist es nicht angebracht, den Staat zu rufen, wenn faschistische Tendenzen bekämpft werden sollen. Die Gegenwehr muß von unten kommen, die Auseinandersetzung muß in der Gesellschaft stattfinden. Dazu gehört es auch, daß der Aktionsradius, die Handlungsmöglichkeiten von Rechtsextremisten jeglicher Couleur massiv behindert und eingeschränkt werden. Dies gilt insbesondere für ihre Propagandatätigkeit. Wir müssen verhindern, daß der Gewöhnungsprozeß so weit voranschreitet.

bis faschistische Hetzfilme wie der Wahlkampfspot der Republikaner in Westberfin zum Bestandteil des Alltags werden.

Das bedeutet, wir müssen auf eine breite gesellschaftliche Ächtung jeglicher rassistischen und faschistischen Propaganda hinarbeiten. Dazu gehört es auch, Bündnisse zu schließen, die quer zum Parteiensystem liegen – sofern es gelingt, damit mehr als wohlklingende Beschwörungsformeln des "Konsens der Demokraten" zu produzieren. Daß das Bündnis derer, die in Schwelm den DVU-Gründungsparteitag verhindert haben, von den Autonomen bis zur CDU reichte, war ein großer politischer Erfolg, den es zu vervielfachen gilt.

Blockade- und Verhinderungsaktionen ind kein Selbstzweck und nicht in jeder Form sinnvoll. Voraussetzung dafür ist immer, daß sie der Aufklärung und Bewußtmachung dienen, das heißt von umfassender Vermittlungsarbeit begleitet sind. Sie verfehlen dann ihr Ziel, wenn sie ach darauf reduzieren, daß zwei gegnerische Gruppen sich bekriegen. Das schadet im Rechtsradikalen nicht nur nicht, es 1912 am en sogar, weiles ihnen die Rekruserung Jugendlicher, die einfach nur Lust am Raufen haben, noch erleichtert.

### XII.

Antifaschismus ist aber kein politisches Fachressort, sondern muß Querschnittspolitik sein. Der Begriff Antifaschismus beinhaltet die Negation eines anderen, in diesem Falle der faschistischen Ideologie. Es geht also darum, dieser Ideologie etws entgegenzusetzen: dem Bild von der natürlichen Ungleichheit der Menschen und Rassen das Ziel gleicher Lebenschancen für alle, dem Bild von der Wesensbestimmung der Frau als Mutter das Ziel der Befreiung der Frauen von Rollenfestlegungen, dem Bild von der hierarchisch struklurierten Volksgemeinschaft das Ziel basisdemokratischer Organisationsprinziown. Als Reflex auf den zunehmenden Rassismus ist in den letzten Monaten von einem politischen Spektrum, das von links ois zum Modernisiererflügel der CDU reicht, der Begriff der Multikulturellen Gesellschaft positiv aufgegriffen worden. Da verwundert es nicht, daß darunter sehr Unterschiedliches verstanden und unendlich viel Schindluder getrieben wird. Für die einen (Geißler bis Cohn-Bendit) besicht die multikulturelle Gesellschaft schon längst, und es gilt nun lediglich sie vor Rassisten zu schützen; für die anderen wird es zur edelsten Aufgabe sich tolerant und freundlich gegenüber den Fremden zu verhalten. Auf der einen Seite agieren mit dem Begriff der multikulturellen Gesellschaft diejenigen, die am Image der "exportorientierten, weltoffenen westdeutschen Wirtschaft" interessiert sind, auf der anderen Seite wird unter diesem Begriff der subtile Rassismus fortschrittlich

WIR MÜSSEN AUF EINE BREITE GESELLSCHAFTLICHE ÄCHTUNG JEGLICHER RASSISTISCHEN UND FASCHISTISCHEN PROPAGANDA HINARBEITEN.

denkender Menschen betrieben, die sich zum nächsten Stadtteilfest eine türkische Tanzgruppe einladen und verhetzten Jugendlichen die Vorteile der Kebab- und Gyrosbuden vorhalten. Daß wir von einem gleichberechtigten Nebeneinanderexistieren unterschiedlicher Ethnien gegenwärtig weit entfernt sind, wird damit ebenso vertuscht wie die Tatsache, daß multikulturelle Gesellschaft nicht folkloristische Bereicherung einer Hauptkultur, sondern durchaus auch Konflikt zwischen unterschiedlichen Kulturen bedeutet.

Das Ziel einer multikulturellen Gesellschaft beinhaltet viel mehr als nur die Beschreibung eines Ist-Zustandes, des existierenden Nebeneinanders verschiedener Ethnien und Kulturen in der Bundesrepublik. Zu einer multikulturellen Gesellschaft gehört die Gleichwertigkeit dieser Ethnien unter Akzeptanz der damit verbundenen Konflikthaftigkeit ebenso wie die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Gleichstellung verschiedener Lebensformen, die Akzeptanz von Minderheiten, die Demokratisierung der Gesellschaft. Antifaschismus bedeutet also, ein Bild zu entwerfen, das attraktiver und einleuchtender ist als das der Rechten. Dazu gehört auch, deutlich zu machen, welche Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin zu erwarten sind. Unsere Vorstellung von einer anderen Gesellschaft ist das Einfache, das schwer zu machen ist - aber es lohnt sich die Mühe auf sich zu nehmen. Das muß unsere Botschaft sein.

Claudia Roth

(Grüne Kandidatin zur Europawahl), Peter Laskowski

(Sprecher der Grünen Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus Rheinland/ Pfalz),

Michael Barg

(Mitarbeiter der Grünen Bundestagsfraktion)

Verena Krieger

(Sprecherin der Grünen im Bundesvorstand)